

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 53

FEBRUAR 1985

DM 1,-

Seeleute, Hafenarbeiter, Eisenbahner im DGB:

Stoppt die Streikbrecherkohle!

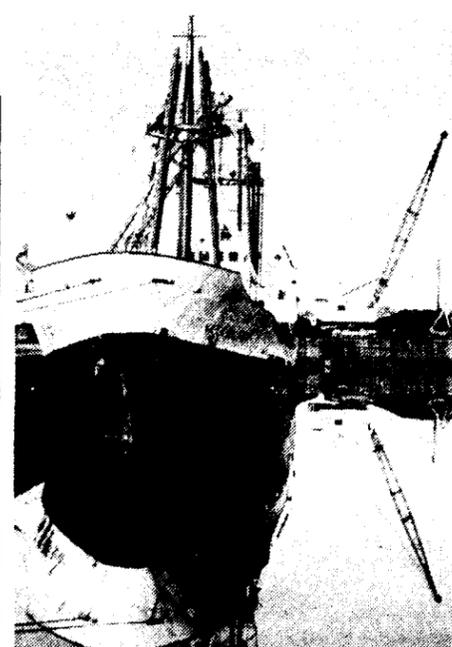
Nach fast zwölf Monaten Streik gegen Zechenschließungen stehen noch immer 130 000 britische Bergarbeiter im erbitterten Kampf gegen Margaret Thatchers Tory-Regierung, der Streik steht jetzt auf des Messers Schneide. Die blutrünstige „Eiserne Lady“ und die Kohlebosse sind entschlossen, die Miners zurück an die Arbeit zu hungern und ihre Gewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM) zu erledigen, wie sie 1982 im reaktionären Falkland/Malvinenkrieg Hunderte von jungen Männern der *General Belgrano* in den eisigen Fluten des Südatlantik versenkten. „Auf den Falklandinseln mußten wir den äußeren Feind bekämpfen, und jetzt müssen wir den inneren Feind bekämpfen“, tönte Thatcher im letzten Juli.

Nicht nur in Britannien, weltweit sind die Augen des Proletariats auf diese entscheidende Schlacht seiner britischen Klassenbrüder gerichtet: Ein Sieg der Bergarbeiter kann nicht nur das rabiat arbeiterfeindliche Thatcher-Regime zu Fall bringen, sondern auch den antisowjetischen Weltkriegsplänen der „Plutonium-Blondine“ und der anderen NATO-Imperialisten einen Schlag versetzen. Weltweit haben Gewerkschafter ihre Bereitschaft gezeigt, den Miners mit militanten Solidaritätsaktionen zu Hilfe zu kommen. Internationale Boykott-Aktionen, wie die Weigerung der australischen Docker seit über zehn Monaten, Streikbrecherkohle zu verladen oder die der französischen Hafentarbeiter, die die Kohle einfach auf den Pier kippen, können entscheidend sein für den Sieg der Miners. Doch es sind die mächtigen DGB-Gewerkschaften – deren Führung den Bergarbeiterstreik offen sabotiert –, die eine Schlüsselrolle in der europäischen Gewerkschaftsbewegung spielen. Die belgischen Hafentarbeiter boykottieren seit dem 12. Dezember Streikbrecherkohle; ÖTV und DGB, die die gleiche Solidaritätsresolution bei einer TUC-Konferenz unterzeichneten, lassen zu, daß heute die zehnfache Menge Kohle nach Britannien verschifft wird, wie zu Beginn des Streiks und daß westdeutsche Schiffe amerikanische Streikbrecherkohle liefern. Konkrete Solidaritätsaktionen der Massenorganisationen der westdeutschen Arbeiterklasse können das Blatt zugunsten der britischen Kumpel wenden. *Westdeutsche Hafen- und Transportarbeiter, Seeleute: Kippt die Streikbrecherkohle in den Hafen – von Duisburg bis Hamburg!* Die Bürokraten der IG Bergbau und Energie (IGBE) und der ÖTV lassen nicht nur Streikbrecherkohle fördern und verschiffen, die antikommunistische IG Metall- und DGB-Führung dehnt auch ihre „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ gegen NUM-Führer Arthur Scargill und die streikenden Bergarbeiter aus!

Durchbrecht die Sabotage der DGB-Bürokratie!

Als DGB-Gewerkschafter in Absprache mit dem offiziellen NUM-Vertreter in Westdeutschland, Joe Holmes, für den 12. Januar eine Solidaritätskonferenz in Essen zur Durchführung konkreter Boykottaktionen ankündigten, mit Scargill als Gastredner, erteilte IGM-Boß Hans Mayr den Funktionä-

Sieg dem britischen Bergarbeiterstreik!



Durchbrecht die Sabotage der DGB-Bürokraten!

ren und Mitgliedern der IGM ein Auftrittsverbot. Die IG Metall wird „zu dieser Konferenz keine Delegierten entsenden... Es ist auch niemand autorisiert, im Namen der IG Metall dort zu reden bzw. Erklärungen abzugeben.“ Die Initiatoren der Konferenz vertagten den Kongreß – bei aller Solidarität mit den Miners schreckten sie doch davor zurück, sich mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung anzulegen.

Doch Gewerkschafter und Linke, die die Bergarbeiter unterstützen wollen, können nicht auf zwei Hochzeiten gleichzeitig tanzen. In Britannien wie in Westdeutschland zieht der Bergarbeiterstreik die Klassenlinie. Auf der einen Seite die Streikpostenkette – auf der anderen Seite die Streikbrecher. Die organisierten klassenbewußten Arbeiter in Westdeutschland wissen sehr wohl, daß ihre Seite die der Streikenden in den britischen Kohlerevierern ist. Die Metalller und Drucker, die im Sommer beim Streik für die 35-Stunden-Woche Streikposten gestanden haben, wissen ebensogut wie ihre verräterischen Führer, Breit, Mayr, Steinkühler und Konsorten, daß ein Übergreifen des „Scargill-Syndroms“ auf heimischen Boden – militante Streiks mit Massentreibposten – mit dem Sturz der bürgerlichen Regierung enden könnte. Die Metalller spendeten über 900 000 DM für ihre streikenden Kollegen auf ein IGM-Konto. Und wo sind die Gelder geblieben? Statt die Spenden der NUM-Führung zu übergeben, leiteten die Metall-Bürokraten das Geld an die Führung der briti-

schen Stahlarbeitergewerkschaft weiter, die seit Monaten offen den Streik bricht! Gleichzeitig untersagte Mayr den IG Metall-Mitgliedern und Funktionären, Spenden auf andere als ihr Streikbrecherkonto zu überweisen. Auch die IG Druck und Papier kapituliert vor dem Druck der DGB-Führung und forderte ihre Mitglieder in der *Druck und Papier* (19. November) auf, Spenden zukünftig den Streikbrechern des britischen Gewerkschaftsdachverbandes TUC zu überweisen.

Gewerkschaftsbasis sammelt für NUM

Kein Wunder also, daß erboste Gewerkschafter auf einer Hamburger Solidaritätsveranstaltung am 10. Januar ihre Spenden direkt dem NUM-Vertreter Joe Holmes übergaben, damit sie in die Hände der *Streikenden* geraten. Denn das waren Spenden auch von Werftarbeitern, die im Herbst 1983 die Howaldtswerke – Deutsche Werft elf Tage lang gegen Massenentlassungen besetzten und dann von ihren sozialdemokratischen IGM-Führern ausverkauft wurden. Darunter war auch Geld von Arbeitern von MAN und anderen norddeutschen Großbetrieben, die gegen Betriebsschließungen und Entlassungen kämpfen. Diese Arbeiter sind nur Beispiele für die Millionen, die in den DGB-Gewerkschaften organisiert sind und den Verrat satt haben und gegen die Stillhaltepolitik ihrer Führung den *Weg zum Sieg* mit den britischen Bergarbeitern suchen!

Die antisowjetische Mafia an der Spitze

des DGB betrügt unter dem Deckmantel von „Solidarität“ ihre Mitglieder und organisiert *gemeinsam mit Thatcher und Kohl* den Streikbruch gegen die Miners, weil sie für ihre eigene Bourgeoisie die Arbeiterklasse in Westdeutschland für den Kalten Krieg mobilisieren wollen. Für IGBE-Führer Adolf Schmidt („Wir können uns mit den Streikzielen der NUM nicht identifizieren“) ist nicht Thatcher der Gegner, sondern Scargill und die NUM. Er fordert, daß die Bergarbeiter Massenentlassungen hinnehmen wie die IGBE Zechenschließungen im Ruhrgebiet zustimmte, um „das Ganze“ – sprich, die kapitalistische Klassenherrschaft – nicht zu „gefährden“. Schmidt ist auch Präsident der Internationalen Bergarbeitervereinigung (Teil des nach dem Zweiten Weltkrieg vom CIA lancierten „Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften“), aus der er die NUM rausdrängte.

Antisowjetismus und Klassenlinie

Der Grund: Scargills NUM macht den Kalten-Kriegs-Stechschritt nicht mit. Scargill war in Britannien die Zielscheibe einer antikommunistischen Hetzkampagne von TUC und „Solidarität mit Solidarnosc“-Linken, weil er seine sowjetfreundliche Haltung nicht verbarg und die konterrevolutionäre CIA-„Gewerkschaft“ treffend als antisozialistisch bezeichnete.

Die westdeutschen Arbeiter müssen lernen, daß die Pläne ihrer eigenen Ausbeuter

Fortgesetzt auf Seite 6

Der Kampf der Trotzlistischen Fraktion in der Schweizer VS-Sektion

Mandels SAP stolpert über die Verteidigung der Sowjetunion

Im Sommer letzten Jahres wurden vier Genossen der Schweizer Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), Sektion des „Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale“ (VS), in einem ausdrücklich politischen Ausschlußverfahren ausgeschlossen, weil sie in der Organisation für Positionen gekämpft hatten, die der trotzlistischen Politik der internationalen Spartacist Tendenz entsprechen. In der Ausschlußklärung kam die Kommission des SAP-Zentralkomitees, die den Fall untersuchte, zu folgendem Ergebnis:

„Die Positionen der vier Genoss/inn/en sind in politischer Übereinstimmung mit denen der Spartakisten, welche die 4. Internationale als konterrevolutionär cha-

rakterisieren. Diese politische Orientierung macht eine solidarische Mitarbeit in der SAP unmöglich.“ (Antrag der ZK-Kommission auf Ausschluß, 15. August 1984)

Eine öffentliche Rechtfertigung des Ausschlusses erschien in der SAP-Zeitung *bresche* (3. September 1984). Wir drucken unten den offenen Brief ab, den die Schweizer Genossen verfaßten, um gegen ihren Ausschluß zu protestieren.

Die Politik der VS-Sektion in der Schweiz widerspiegelt einige der besonders unappetitlichen Eigenarten des Landes, einer selbstzufriedenen, rassistischen kleinen kapitalistischen Bastion. Es gehört nicht viel dazu, ein „Progressiver“ in einem Land zu sein, das

gesellschaftliche dermaßen rückständig ist, daß den Frauen in einem Schweizer Kanton bis auf den heutigen Tag das Wahlrecht verweigert wird, und daß es gerade vor ein paar Wochen zum ersten Mal einer Frau gelang, einen Regierungssitz zu erlangen. Im Augenblick ist die Schweizer Regierung im Begriff, 1700 Tamilen, die, auf der Flucht vor den mörderischen Pogromen in ihrer Heimat, im letzten Jahr einen Weg in die Schweiz fanden, in die blutigen Hände der Regierung Sri Lankas auszuliefern. Und die Schweiz ist berüchtigt für ihre empörend schlechte Behandlung ausländischer Arbeiter, die dort einen größeren Anteil des Proletariats als in jedem anderen europäischen Land ausmachen.

Als die Genossen der Trotzlistischen Fraktion ihren Kampf begannen, bei dem sie sich auf die russische Frage konzentrierten und die Fragen besonderer Unterdrückung betonten, brandmarkte die Führung sie augenblicklich als Spartacist-Agenten und griff schließlich zum Mittel des bürokratischen Ausschlusses, der erste derartige Ausschluß in der fünfzehnjährigen Geschichte der SAP. Das wurde in einer verschämten öffentlichen Erklärung in ihren deutsch- und französischsprachigen Zeitungen *bresche* und *la brèche* gerechtfertigt (die es jedoch unterließen, den gefürchteten Spartacismus zu erwähnen).

„Diese GenossInnen verlangten von der SAP, dass sie den Putsch Jaruzelskis in Polen unterstütze, weil die 10 Millionen in Solidarnosc organisierten ArbeiterInnen durch den CIA, den Papst und die imperialistischen Banken manipuliert seien. Sie verlangten von der SAP, die pazifistische

Bewegung in der DDR zu verurteilen, weil diese der Verteidigung des sozialistischen Lagers schade. Sie forderten die SAP auf, sich vom FSLN in Nicaragua und dem FMLN in El Salvador zu distanzieren, unter dem Vorwand, dass diese beiden Organisationen ‚kleinbürgerlich‘ seien und nicht konsequent die Interessen der Arbeiter und Bauern verteidigten!“ („Unvereinbare politische Positionen“, *bresche*, 3. September 1984)

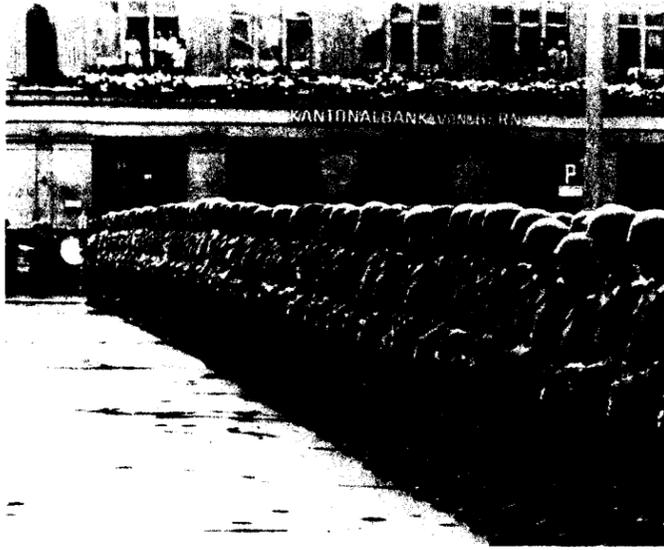
Das ZK zog die Schlußfolgerung, daß diese Positionen in radikalem Widerspruch zu den Auffassungen der SAP stehen. Sehr richtig! Nehmt zum Beispiel die Ansicht der SAP zur imperialistischen antisowjetischen Kriegsdrohung:

„Der US-Generalstab strebt sicher mittelfristig an, eine qualitativ überlegene Erstschockkraft zu besitzen. Aber er läßt auch keinen Zweifel daran aufkommen, dass die Möglichkeit der Sowjetunion, mit Atomwaffen zurückzuschlagen, heute gross genug ist, dass die amerikanische Bourgeoisie – die nicht mit einer extrem tiefgehenden wirtschaftlichen Krise konfrontiert ist – weit davon entfernt ist, in den kommenden Jahren eine dermassen abenteuerliche militärische Offensive ins Auge zu fassen... In der aktuellen Phase ist die Hauptzielscheibe der USA die Kolonialrevolution, insbesondere die zentral-amerikanische Revolution.“ (Antwort an die Genoss/inn/en H., P., S., und B., ZK-Kommission der SAP)

Auf diese Weise versucht die SAP, einfach die Frage nach der Verteidigung der Sowjetunion wegzuwischen. Aber es liegt klar auf der Hand, daß die eigentliche Zielscheibe der Drohungen Reagans gegen Nicaragua eben die Sowjetunion ist. Indem sie diese Wahrheit zurückweisen, bereiten VS-Führer Ernest Mandel und seine Schweizer Freunde Duret und Bergmann den Boden, um ausgesprochene Dritte-Lager- und offenkundige staatskapitalistische Positionen wachsen zu lassen, wie beispielsweise in der französischen Ligue Communiste Révolutionnaire.

Die Trotzlistische Fraktion kämpfte auch für die zentrale Bedeutung der Frage der aus-

Fortgesetzt auf Seite 6



Schweizer Armee schützt die Bankiers, die Gnome von Zürich. Mandels Schweizer Sektion will die Armee per Referendum abschaffen

Foto: dpa

Für eine trotzlistische Partei in der Schweiz!

Nachfolgend drucken wir den vollständigen offenen Brief der aus der SAP ausgeschlossenen Trotzlistischen Fraktion vom 20. September 1984 ab. Die Schweizer Schreibweise wurde übernommen, lediglich offensichtliche Tippfehler wurden von der Redaktion korrigiert.

Das ZK der SAP sah sich gezwungen, über den Ausschluss von 4 Genossen eine öffentliche Stellungnahme abzugeben (*bresche* Nr. 252).

Das ZK behauptet, dass wir unvereinbare

Korrektur

Im *Spartakist-Extra* vom 12. Dezember 1984 „Stoppt Zimmermanns Schmutzkampagne“ ist durch einen Umbruchsfehler ein Absatz unverständlich. Nachfolgend geben wir den korrekten Text nach der Zwischenüberschrift „Wer hat Angst vor den Spartakisten?“ wieder: „... Tatsächlich wird die kapitalistische Regierung nicht ‚zerschlagen‘, ob gewalttätig oder gewaltfrei. Die geschichtliche Wahrscheinlichkeit ist die, daß es in einer revolutionären Situation nur noch sehr wenig Regierung geben wird, die man ‚stürzt‘. Bestimmt wird es nicht diese Regierung in ihrer jetzigen Form sein. Höchstwahrscheinlich wird die Wahl gestellt sein zwischen der Arbeiterdemokratie von Sowjets (Räten) oder einer wackeligen bonapartistischen Diktatur.“

politische Positionen haben. Die Frage ist, unvereinbar mit wem! Sicherlich nicht mit dem trotzlistischen Programm.

Angesichts der massiven Kriegsvorbereitungen Reagans gegen die Sowjetunion weichen wir nicht von unserer Position ab: für die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion, wie Trotzki es uns in Verteidigung des Marxismus gelehrt hat: „Was bedeutet bedingungslose Verteidigung der UdSSR? Es bedeutet, dass wir der Bürokratie keinerlei Bedingungen auferlegen. Es bedeutet, dass wir unabhängig von den Kriegsgründen und -motiven die soziale Grundlage der UdSSR verteidigen, wenn sie von Gefahr seitens des Imperialismus bedroht wird.“

Stattdessen fordert die SAP Abrüstung in West und Ost und verbreitet pazifistische Illusionen (wie Pfaffen und Sozialdemokraten). In ihrer Stellungnahme fordern sie gar den Abzug der Warschauer-Pakt-Truppen aus der DDR, was nichts anderes bedeutet, als einen deformierten Arbeiterstaat den Kapitalisten zum Frass zu servieren!

Trotzkisten sagen: Für die Verteidigung der Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus! Nur die bewaffneten Arbeiter werden die Bourgeoisie ent Waffen! Sieg der Roten Armee in Afghanistan! (Fraktionserklärung S. 3)

Auch in Polen hat die SAP das trotzlistische Programm der Verteidigung der Oktoberrevolutionen und der proletarischen politischen Revolution unter Führung einer trotzlistischen Avantgarde aufgegeben: Ausverkauf, zugunsten von Solidarnosc, von der SAP auch als antibürokratische Bewegung

bezeichnet (selbst Reagan ist gegen die Bürokratie...). Ohne Zweifel hat Solidarnosc ein Programm für die kapitalistische Restauration in Polen: dezentralisierte Selbstverwaltung, um den Marktkapitalismus zurückzubringen; Gewerkschaften, unabhängig von der Bürokratie... aber nicht von der AFL-CIO (unter der südamerikanischen Linken besser bekannt als AFL-CIA); Errichtung der katholischen Kirche als Staatskirche usw.

Wir unterstützen den Präventivschlag der polnischen Regierung, der den konterrevolutionären Griff von Solidarnosc am 13. Dezember 1981 gestoppt hat. Deshalb versuchte uns die SAP als Jaruzelskifans abzustempeln. Trotzlisten können nur froh sein darüber, dass die Bürokratie, die selber dauernd die Oktoberrevolutionen gefährdet, wenigstens für einige Zeit die sichere kapitalistische Restauration ohne Blutbad verhindert hat.

Das heisst doch nicht, dass wir die Bürokratie politisch unterstützen, das Gegenteil ist wahr: wir kritisieren sie scharf, weil sie das Land wirtschaftlich unterminiert hat, die Kirche und die Kleinbauern gegen die Arbeiter begünstigt und so eben schuld daran ist, dass die Arbeiter in die Arme von Walesa, Wojtyla und Reagan getrieben werden.

Deshalb muss in Polen eine trotzlistische Partei aufgebaut werden. Um der Konterrevolution endgültig den Boden zu entziehen braucht es das trotzlistische Programm: die Rückkehr zum authentischen Kommunismus.

Fortgesetzt auf Seite 7

KONTAKTADRESSEN

FRANKFURT:	Postfach 1 67 47 6000 Frankfurt 1 Tel.: (0 69) 72 70 54
HAMBURG:	Postfach 20 14 34 2000 Hamburg 20 Tel.: (0 40) 31 46 56
WESTBERLIN:	Postfach 21 07 05 1000 Berlin 21 Tel.: (0 30) 8 82 11 75

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZLISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
sympathisierende Sektion der
internationalen Spartacist Tendenz

REDAKTION: Marianne Clemens, Doris Kohn
(Produktion), Silvia Lenz, Christoph Steiner,
Fred Zierenberg (Chefredakteur)

VERTRIEB: Birgit Kramer
PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt
in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich
organisierten Betrieb.
ISSN 0173 - 7430

Lehren des Klassenkampfes 1919–1933

Revolution und Konterrevolution in Deutschland

Der nachfolgend abgedruckte Artikel, der erste von zwei Teilen, basiert auf Vorträgen von George Foster, Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., auf Spartacist-Schulungsveranstaltungen Ende April und Anfang Mai 1984 in New York, Chicago und San Francisco. Genosse Fosters Beitrag mit dem Titel „Deutschland 1919–1933: Revolution und Konterrevolution“ war einer von drei Vorträgen, die der Frage „Krieg und Revolution“ gewidmet waren. Eine überarbeitete Niederschrift des Vortrags des Mitglieds des SL-Zentralkomitees Joseph Seymour „From the Great French Revolution to the Paris Commune“ erschien in Young Spartacus Nr. 118 und 119, Mai und Sommer 1984.

Erster von zwei Teilen

Ich will über Deutschland von 1918 bis 1933 sprechen und dabei auf drei Perioden von besonderer Bedeutung für proletarische Revolutionäre eingehen: 1918/19, als die Herrschaft des Proletariats gestellt war, aber vor allem eine entwickelte bolschewistische Partei fehlte; 1923, als das deutsche Proletariat eine solche Partei erfolgreich geschmiedet hatte und nun sah, wie die Führung dieser Partei unfähig war, die revolutionären Krisen auszunutzen, die Deutschland im Laufe dieses Jahres erschütterten; und die Periode von 1929 bis 1933, als die durch den Stalinismus politisch entwaffnete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) sich außerstande zeigte, das Proletariat zur Macht zu führen, und stattdessen durch ihre Politik dazu beitrug, den Weg für den Sieg Hitlers und des Faschismus zu bereiten.

Um diese Fragen von einem marxistischen Standpunkt zu erörtern, sind einige Kenntnisse der deutschen Geschichte erforderlich. Bis 1871 gab es keine vereinigte deutsche Nation. Tatsächlich war Deutschland in dem Zeitabschnitt zwischen dem reaktionären Wiener Kongreß im Jahre 1815 und 1871 in etwa 40 kleine Fürstentümer geteilt. Die Reaktion triumphierte in Deutschland 1815 und erneut im Jahre 1848, als – zur gleichen Zeit wie das Proletariat – die deutsche Bourgeoisie ihren schändlichen Auftritt auf der historischen Bühne hatte. Aus Furcht vor dem Proletariat, besonders vor dem aufständischen französischen Proletariat, schloß die deutsche Bourgeoisie eine Übereinkunft mit der feudal-bürokratischen Reaktion, wodurch sie freiwillig die Bürde auf sich nahm, Manufaktur und Handel in einem politischen System zu betreiben, das in circa 40 Staaten mit eigenen Zöllen, Währungen und Handelsbestimmungen geteilt war.

Als der deutsche Kapitalismus zu wachsen begann, hämmerte er gegen diese selbstverschuldeten Gefängnismauern. Die deutsche Einigung wurde zu einer brennenden wirtschaftlichen Notwendigkeit. Doch die deutsche Bourgeoisie entsagte wieder einmal ihrer historischen Rolle. Deutschland wurde 1871 durch den preußischen Absolutismus von oben vereinigt. Man kann Parallelen zwischen Bismarck, dem Kanzler des preußischen Kaisers Wilhelm, und Louis Napoleon in Frankreich ziehen. Indem Louis Napoleons Regime die politische Herrschaft der Bourgeoisie zerstörte, sicherte es deren



Revolutionäre Soldaten und Matrosen in Berlin 1918

soziale Herrschaft. In ähnlicher Weise führte Bismarck das wirtschaftliche und nationale Programm der Bourgeoisie durch, wofür sich diese im Gegenzug mit einem Parlament ohne Macht und einem vom preußischen Absolutismus beherrschten Staat zufriedengab. Der deutsche Reichstag war, wie es Wilhelm Liebknecht ausdrückte, „ein Feigenblatt für den Absolutismus“.

Die Einigung und die ungeheuren Reparationen, die als Folge der Niederlage Frankreichs im preußisch-französischen Krieg ins Land flossen, gaben dem deutschen Kapitalismus einen enormen Auftrieb. Vor der Einigung war Deutschland ein vorwiegend bäuerliches Land. Bei Beginn des Ersten Weltkrieges war es das industrielle Kraftzentrum Europas, mit einem entsprechend großen Proletariat.

Der Abgang Wilhelms I. und Bismarcks vom politischen Schauplatz in den Jahren 1890/91 war aus zwei Gründen bemerkenswert. Eine schwächliche Bewegung bürgerlich-liberaler Kräfte wurde durch einen weiteren Kompromiß zwischen Junkern und Bourgeoisie im Keim erstickt, wobei man

sich diesmal auf eine Politik der kolonialen Expansion und auf ein Wettüben mit See mit Britannien einigte. Und die von Bismarck erlassenen Sozialistengesetze wurden aufgehoben. Das führte zu einem gewaltigen Wachstum der sozialdemokratischen Partei. Diese Legalisierung und dieses Wachstum waren von Wahlerfolgen begleitet, die die Partei schließlich und mit historischer Bedeutung auf den Weg des parlamentarischen Reformismus schleuderten. Gestern sprach Genosse Samuels über verschiedene warnende Anzeichen, die das Abgleiten der SPD in den Reformismus markierten. Einige dieser Anzeichen kamen schon recht früh. Tatsächlich waren die ersten Publikationen, die von der gerade wieder legalen SPD herausgegeben wurden, die gesammelten Werke Lassalles, was Engels nicht gerade sehr schätzte.

1895 schrieb Engels ein Vorwort zu „Klassenkämpfe in Frankreich“ von Marx, worin er zwar den parlamentarischen Erfolg der deutschen Sozialdemokratie begrüßte, aber zugleich schwere Befürchtungen hinsichtlich der zunehmenden Entfremdung der Partei von ihrer revolutionären Tradition zum Ausdruck brachte. Da die SPD-Führer befürchteten, Engels' Vorwort könnte der Regierung einen Vorwand für neue antisozialistische Gesetze liefern, schnitten sie aus dieser Einleitung alle Bezugnahmen auf die Rolle der Gewalt bei der Entscheidung, welche Klasse schließlich herrschen wird, heraus.

Engels drückte in dieser Arbeit auch ernste Besorgnis über die militärischen Nachteile aus, mit denen die proletarische Revolution angesichts moderner stehender Heere mit Schnellfeuergewehren und Artillerie konfrontiert ist. Er dachte, diese ungünstige Situation könnte nur überwunden werden, wenn sie durch andere Faktoren ausgeglichen würde. Da die preußische Armee die Hauptstütze der preußischen Aristokratie in Deutschland war, trachtete er ganz besonders danach, diese Armee von innen politisch zu sprengen. Da die preußische Armee im wesentlichen aus Bauern bestand, beharrte er auf der Notwendigkeit für die SPD, die Agrarfrage anzupacken. Daher drängte er die

Fortgesetzt auf Seite 4



Foto: Archiv Gerstenberg

Erster Weltkrieg: Imperialistisches Abschlagen der europäischen Proletarier im Schützengrabenkrieg (rechts)
Oben: Verbrüderung deutscher und russischer Soldaten nach der russischen Revolution 1917



Foto: Verlag „Freie Jugend“

Revolution und Konterrevolution in Deutschland

Fortsetzung von Seite 3

Reichstagsabgeordneten der SPD 1886, eine Resolution mit der Forderung einzubringen, daß die staatlichen Ländereien an Genossenschaften und Landarbeiter zur gemeinsamen Bebauung verteilt werden sollten.

Aber die SPD erfaßte Engels' Gedankengang nicht. Bebel hielt es für Zeitverschwendung, eine Politik vorzubringen, der die gegenwärtige Regierung nicht zustimmen könne. Doch Engels erklärte:

„Diesen Vorschlag aber führt keine junkerliche oder Bourgeoisregierung durch. Dem Landproletariat der Ostprovinzen den Weg zeigen, es selbst auf den Weg stellen, auf dem es die Junker- und Pächterausbeutung vernichten kann – gerade die Bevölkerung in die Bewegung zu ziehen, deren Verknechtung und Verdummung die Regimenter liefert, auf denen das ganze Preußen beruht, kurz, Preußen von innen, an der Wurzel kaputtmachen, das fällt ihnen nicht ein. Es ist dies eine Maßregel, die wir unter allen Umständen pousieren müssen, solange das große Grundeigentum dort besteht, und die wir selbst

Sozialchauvinismus gegen proletarischen Internationalismus

Als sich der 4. August 1914 ereignete, als die gesamte deutsche Sozialdemokratie die Kredite für den imperialistischen Krieg bewilligte, wurde die deutsche Sozialdemokratie mit den Worten Rosa Luxemburgs ein stinkender Leichnam. Aber die SPD ging über die Zustimmung zu den Kriegskrediten hinaus und schloß mit dem Kaiser ein Abkommen für sozialen Frieden, den berühmten Burgfrieden. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!“, stimmte der Kaiser nach der Kriegserklärung an. Und die SPD marschierte nach des Kaisers Melodie.

In ganz Europa gab es einen Amoklauf des Sozialchauvinismus in der Arbeiterbewegung. Die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten rechtfertigten ihre Unterstützung für ihre jeweiligen Bourgeoisien mit der Begründung, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg des deutschen Proletariats gegen den Zarismus, das historische Bollwerk der



Foto: Dietz

SPD-Führer Noske bei Ansprache vor meuternden U-Boot-Mannschaften in Kiel. Doch er konnte den Ausbruch der Revolution nicht stoppen

dem starken Wall, den der unerbittliche Heroismus der deutschen und österreichischen Truppen errichtet hat.“ (übersetzt aus *Young Spartacus* Nr. 121, Oktober 1984)

Das war Propaganda im Dienste der Kriegsziele des deutschen Imperialismus. Und diese Ziele trugen keineswegs, etwa aus Gründen bürgerlich-demokratischer Heuchelei, einen ideologischen Zuckerguß. Beispielsweise unterrichtete König Ludwig III. von Bayern am 14. August 1914 den preußischen Geschäftsträger in München, daß Bayern an einer Aufteilung Elsaß-Lothringens sowie an einem Teil Belgiens interessiert sei. Ludwig trug seine Pläne für ein neues bayerisches Territorium vor, das sowohl holländisches als auch belgisches Gebiet und die Kontrolle der Rheinmündung einschließen würde. Ludwig wollte den polnischen Thron, auf den freilich seine Verwandten im Hause des Königs von Württemberg ebenso versessen waren. Auch der König von Sachsen erschien auf der Szene und wollte ein Stück von Elsaß-Lothringen sowie Gebiete in Polen, Estland und Litauen.

Es war die Erwartung aller kriegführenden imperialistischen Mächte gewesen, daß der Erste Weltkrieg ein kurzer Krieg von ein paar Wochen oder schlimmstenfalls von einigen Monaten werden würde. Tatsächlich wurde es ein langer Krieg der grausamen Zermürbung und der erbarmungslosen Blockade. Die Profite stiegen, die Proletarier fielen, die Verluste gingen rasch in die Millionen.

Die anfänglichen Kriegspläne der deutschen Bourgeoisie mißlangten. Der Plan des deutschen Generalstabs, die Russen im Osten zu halten und zugleich über Belgien einen vernichtenden Schlag gegen Paris und die französischen Armeen zu führen, scheiterte. Die Fronten stabilisierten sich und die gegnerischen Armeen fraßen sich in den Schützengraben zum Massenmord des Ersten Weltkrieges fest, eines Krieges, der den vollständigen militärisch-technischen und politischen Bankrott der herrschenden Klassen Europas offenbarte.

Der sozialchauvinistische Flügel der SPD unterstützte den Krieg und versuchte diese Unterstützung auszunutzen, um von der

Bourgeoisie ein paar Reformen gewährt zu bekommen. Scheidemann verteidigte seine Politik 1915 mit dem Ausspruch: „Wir verteidigen das Vaterland, um es zu besitzen.“ Diese schändlichen Worte sollten mit der heroischen Tat Karl Liebknechts verglichen werden, der am 2. Dezember 1914 öffentlich mit der gesamten SPD-Fraktion im Reichstag brach und gegen weitere Kriegskredite stimmte.

Unter dem Einfluß des imperialistischen Krieges polarisierte sich die deutsche Sozialdemokratie rasch in zwei Flügel, in einen proletarisch-revolutionären, antiimperialistischen und einen sozialchauvinistischen, reformistischen. Zwischen diesen beiden Hauptflügeln lag das sozialpazifistische Zentrum, das sich in stetig wachsender Zahl aus den Sozialchauvinisten rekrutierte, als die Auswirkungen des Krieges die ganze deutsche Gesellschaft erreichten.

Im Dezember 1915 stieg die Zahl der Abgeordneten, die gegen die Kriegskredite stimmten, auf zwanzig. Einen Monat später fand eine Konferenz der Gruppe statt, die sich um Luxemburg und Liebknecht gesammelt hatte, einschließlich Leo Jogiches, Clara Zetkin, Franz Mehring, Eugen Leviné und Wilhelm Pieck. Sie begannen die Spartacusbriefe herauszugeben. Am 1. Mai 1916 organisierten Liebknecht und der Spartakusbund die erste Demonstration gegen den Krieg. Die Demonstration war illegal, und Liebknecht wurde prompt verhaftet, doch zuvor rief er noch: „Nieder mit der Regierung! Nieder mit dem Krieg!“ Für diese heldenhafte Tat wurde Liebknecht eingesperrt und erst im Oktober 1918 freigelassen. Bald darauf, als die Regierung auf die revolutionäre Opposition einschlug, wurden auch seine Genossen Luxemburg, Mehring und Zetkin ins Gefängnis geworfen. Doch das Gefängnis konnte Liebknechts aufrüttelnde Worte nicht zum Schweigen bringen: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

1916 wurde der Generalquartiermeister des deutschen Generalstabs Ludendorff zum eigentlichen Diktator des Landes, über das er den Belagerungszustand verhängte. Der Kaiser wurde zu einer bloßen Repräsentationsfigur reduziert. Über Deutschland wurde von den Mächten der Entente eine Blockade ver-



Foto: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften

Links: KPD-Plakat mit Karl Liebknecht während einer Rede am 5. Januar 1919 in Berlin

Oben: Rosa Luxemburg, revolutionäre Heldin
Die KPD-Führer wurden von der Sozialdemokratie ermordet

europäischen Reaktion, sei. Ganz ähnlich unterstützten die sozialimperialistischen französischen, britischen, belgischen und italienischen Sozialdemokraten ihre eigenen „demokratischen“ Imperialisten gegen die deutschen und österreichisch-ungarischen Autokratien. Die Atmosphäre dieses zügellosen Sozialchauvinismus widerspiegelt sehr gut die folgende Erklärung einer deutschen Gewerkschaftszeitung, des *Courier*, vom 25. Oktober 1914:

„Die schurkischen Pläne des ehrlosen, blutigen und treulosen Zaren und seiner Alliierten, der verschlagenen Japse, der perfiden Briten, der überheblichen Franzosen, der lügnersischen Belgier, der undankbaren Buren, der prahlerischen Kanadier und der versklavten, verschleppten Inder, Zuaven, Nigger und des übrigen Abschaums der Erde sind zerbrochen an

durchführen müssen, sobald wir ans Ruder kommen: die Übertragung – pachtweise zunächst – der großen Güter an selbstwirtschaftende Genossenschaften unter Staatsleitung und so, daß der Staat Eigentümer des Bodens bleibt. Die Maßregel hat aber den großen Vorteil, daß sie praktisch durchführbar ist, der Sache nach, aber daß keine Partei außer uns sie in Angriff nehmen, also auch keine Partei sie verumfein kann. Und damit allein ist Preußen kaputt, und je früher wir sie popularisieren, desto besser für uns.“ (Engels an August Bebel, 20. – 23. Januar 1886, *Werke* Bd. 36)

Leider hat die SPD in Wirklichkeit eine solche Politik niemals aktiv verfolgt. Diese Unterlassung war ein unheilvolles Vorzeichen ihres schließlich antirevolutionären Kurses.



Spartakisten auf den Barrikaden nach der Besetzung des Vorwärts, der SPD-Zeitung. Spartacus, Stimme des proletarischen Internationalismus (rechts)



Foto: Dietz

Berlin, Januar 1919: Protest gegen konterrevolutionäre Provokation. Hunderttausende Arbeiter zogen in gewaltigen Demonstrationen durch die Stadt



hängt, und Hungerrationen wurden die Regel. Die durchschnittliche Kalorienaufnahme pro Kopf betrug vor dem Krieg 3300 Kalorien. 1918 war dieser Durchschnittswert auf 1100 gefallen. Dieser Durchschnitt bedeutet, daß die arbeitenden Massen in den Städten weit weniger hatten.

Unter den zweifachen Hammerschlägen des langsamen Verhungerns und der Millionen Kriegstoten begann der Burgfrieden zu bröckeln, zerbrach vollends unter dem Eindruck der russischen Revolutionen vom Februar und Oktober 1917. Die revolutionäre Welle, die durch Rußland rollte, stieß auf Sympathie bei den seit langem notleidenden deutschen Arbeitern. Der Sturz des Zaren und der Aufstieg der Sowjets elektrisierten sie. Die Ähnlichkeiten zwischen dem zaristischen Rußland und dem Deutschland des Kaiserreichs entgingen dem deutschen Proletariat keineswegs.

Im April 1917 trat in Berlin eine Viertelmillion Arbeiter in den Streik, forderte die Freilassung politischer Gefangener, die Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Wahl von Betriebsräten. Die Oktoberrevolution von 1917 wurde im Januar 1918 mit einem Streik von 400.000 Berliner Arbeitern unter der Führung der Revolutionären Obleute begrüßt. Eine Million Arbeiter streikte im ganzen Land. Es war wieder ein politischer Streik für Frieden und Brot, gegen Kriegrecht und Selbstherrschaft. Die SPD-Führer, Lakaien der Kapitalisten, spürten den Boden unter ihren Füßen bebend. Sie versuchten, sich an die Spitze der Streikwelle zu setzen, um sie auszuverkaufen.

Die Oktoberrevolution machte die schwächlichen Argumente der rechten Sozialdemokraten zunichte, daß sie den Krieg unterstützten, um das „Vaterland“ gegen den Zarismus zu verteidigen. Der Raubfriedensvertrag von Brest-Litowsk, der dem neuen russischen Arbeiterstaat von den gierigen deutschen und österreichischen Bourgeoisien aufgezwungen worden war, machte einen gewaltigen Eindruck auf die deutschen Arbeiter. Er enthüllte völlig die raubgierigen Kriegsziele der herrschenden Klasse.

Für den deutschen Generalstab war Brest-Litowsk eine Gelegenheit, um weite und reiche Gebiete der jungen, im Kampf stehenden Sowjetrepublik zu annektieren. Das ermöglichte ihnen auch, Truppen von der Ostfront abzuziehen, was ihnen eine letzte verzweifelte Offensive an der Westfront gestattete. Der Plan zielte darauf ab, die Armeen der Entente zu zerbrechen, bevor amerikanische Truppenverbände in bedeutender Zahl in den Krieg eingreifen konnten. Im Frühjahr 1918 startete das deutsche Oberkommando diese



Ebert inspiziert Reichswehr
Rechts: Konterrevolutionäres Plakat

geschluckt hatte, war nun wie betäubt von Hindenburgs und Ludendorffs Verkündung, daß das Spiel nun zu Ende sei.

Eine revolutionäre Welle überschwemmte Deutschland. Sie wurde entzündet von einer Revolte der Matrosen der Hochseeflotte, die gegen die Pläne ihrer Offiziere meuterten, aus dem Kieler Hafen auszulaufen und der machtvollen britischen Flotte entgegenzutreten, von der sie den größten Teil des Krieges blockiert war. Die Matrosen wollten an diesem Selbstmordeinsatz zur Rettung der „Ehre“ ihrer aristokratischen Offiziere nicht teilhaben. Sie weigerten sich auszulaufen und errichteten einen Sowjet. In ganz Deutschland wurde dieses Beispiel befolgt. Sowjets (Räte) verbreiteten sich wie ein Lauffeuer vom Norden über Berlin und Mitteldeutschland in den Süden.

**Sozialdemokratie:
Agentur der Konterrevolution**

An diesem Punkt machte der deutsche Generalstab im Einvernehmen mit der SPD-Spitze und als Vertreter der wie gewöhnlich politisch kraftlosen deutschen Bourgeoisie seinen Schachzug. Ludendorff wollte nicht, daß der deutsche Generalstab die Oberaufsicht über die Kapitulation vor der Entente und dann die Verantwortung für die Niederlage im Krieg bekäme. Auch hielt er es nicht für möglich, günstige Bedingungen für eine Kapitulation auszuhandeln (besonders mit

kommandos wurde eine Koalitionsregierung errichtet, bestehend aus der SPD, dem katholischen Zentrum und der Fortschrittlichen Volkspartei. Der Sozialdemokrat Scheidemann wurde Minister ohne Geschäftsbereich, sein Genosse Bauer wurde zum Arbeitsminister ernannt.

Aber aus Ludendorffs konstitutioneller Monarchie wurde nichts. Am 8. November 1918 trat das Proletariat Berlins in einen gewaltigen Streik gegen den Krieg und die Autokratie. Ebert erklärte seinem Kollegen Max, daß die Monarchie gehen müsse, wenn es noch irgend eine Hoffnung geben sollte, den Klassenkampf abzublocken. Daraufhin stellte Prinz Max den folgenden Plan auf:

„Ich sagte mir: die Revolution ist im Begriff, siegreich zu sein; wir können sie nicht niederschlagen, vielleicht aber ersticken. Jetzt heraus mit der Abdankung, mit der Berufung Eberts, mit dem Appell an das Volk, durch die Verfassunggebende Nationalversammlung seine eigene Staatsform zu bestimmen. Wird Ebert mir als Volkstribun von der Straße präsentiert, dann kommt die Republik, ist es Liebknecht, auch der Bolschewismus. Aber wenn der abdankende Kaiser Ebert zum Reichskanzler ernannt, dann besteht noch eine schwache Hoffnung für die Monarchie. Vielleicht gelingt es, die revolutionären Energien in die legalen Bahnen des Wahlkampfes zu lenken.“ (*The Memoirs of Prince Max of Baden*, 1928, übersetzt von Calden und Sutton)

Max' Bemühungen, seinen Vetter, den Kaiser, zum Abdanken zu bewegen, waren erfolglos. Daher veröffentlichte Max eine Erklärung, daß der Kaiser abgedankt habe. Einige Stunden später dankte der Kaiser tatsächlich ab, aber erst nachdem er erfahren hatte, daß sein ausgewähltes Leibwächeregiment erklärte, ihn nicht länger zu verteidigen! Am 9. November trat Prinz Max zu Gunsten von Ebert als Kanzler zurück. Aber aus seinen Plänen, die Monarchie zu retten, wurde nichts. Angesichts einer machtvollen Demonstration der Berliner Arbeiter verkündete der SPD-Führer und Staatssekretär Scheidemann von seinem Bürofenster aus die Republik, weil er fürchtete, daß Liebknecht sonst die sozialistische Revolution ausrufen würde.

Am gleichen Tag, als Ebert Kanzler wurde, hielten die Berliner Arbeiter eine riesige Versammlung ab und errichteten einen Sowjet. Das ausführende Komitee des Berliner Sowjets, der Rat der Volksbeauftragten, bestand aus je drei Vertretern der SPD und der erst kürzlich gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD). Auf Seiten der SPD war Ebert eines der Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten. Er sollte diese Position benutzen, um den Berliner Sowjet und auch alle anderen Räte in Deutschland so schnell wie möglich aus dem Weg zu räumen.

Als Ebert sich an sein konterrevolutionäres Vorhaben machte, war er sich keineswegs sicher, daß er Erfolg haben würde. Die kürzlich formierte USPD gewann zu der Zeit das Vertrauen wachsender Kreise der Arbeiterschaft, die von der sozialimperialistischen SPD abgestoßen wurden. Die USPD wurde im April 1917 gebildet. Sie bestand aus Ange-

hörigen des sozialpazifistischen Zentrums à la Kautsky und Hilferding und aus den Spartakisten. Beide Flügel waren aus der SPD ausgeschlossen worden, weil sie zu Beginn von 1917 eine gemeinsame Konferenz veranstaltet hatten. Es ist eine der Tragödien des deutschen Kommunismus und eine Quelle seiner späteren Schwäche, daß die Linke nicht nach Luxemburgs Erkenntnis handelte, daß der 4. August 1914 aus der SPD einen stinkenden Leichnam gemacht hatte. Statt eine klare Spaltung zu vollziehen und neu zu beginnen, entschieden sich Luxemburg, Liebknecht und ihre Genossen dafür, in der SPD und dann in der USPD zu bleiben.

Angespornt durch die Drohung der Revolution und eingedenk des Ablaufs der Ereignisse in der russischen Revolution mühte sich Ebert nach Kräften, eine solide SPD-Mehrheit auf dem für Dezember in Berlin einberufenen deutschen Rätekongreß zu sichern. Dort drückte Ebert seine Absicht durch, frühzeitig Wahlen für eine Nationalversammlung anzusetzen. Sein Ziel bestand darin, eine baldige und ordentliche Übertragung der Macht an die Bourgeoisie zu arrangieren.

Eberts Sieg im Dezember brachte die Spartakisten schließlich zu der Einsicht, daß ihre Zugehörigkeit zur USPD wie ein Mühlstein am Hals wirkte. Luxemburg, Liebknecht, Leviné und Jogiches entschlossen sich endlich, mit der USPD zu brechen und sich zur Kommunistischen Partei Deutschlands zu erklären. Lenin verkündete, daß mit der Geburt der KPD die Dritte Internationale ins Leben getreten sei. Für ihn war die Gründung der KPD ein welthistorisches Ereignis. Diese Haltung muß im Gegensatz zu der der KPD-Gründer gesehen werden, die skeptisch waren über die Möglichkeit der Gründung einer neuen Internationale. In der Tat wurde der KPD-Delegierte Eberlein zum Ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale mit der Anweisung losgeschickt, sich der Gründung einer neuen internationalen revo-



Eugen Leviné

lutionären Partei zu widersetzen!! Das war ein sicheres Zeichen, daß die Notwendigkeit der verspäteten Spaltung von der USPD nicht klar verstanden worden war.

Was nun Ebert und seine Bosse vom Generalstab betraf, so setzten sie ihr Vertrauen ganz und gar nicht auf die Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung. Die Räte sollten durch blutige Unterdrückung zerschlagen werden. Ende Dezember unternahm die Sozialdemokratie und das Militär, die Hand in Hand arbeiteten, ihre ersten Schritte gegen die Arbeiter. Ihr Angriffsziel war die Volksmarinedivision, Matrosen aus Norddeutschland, die nach Berlin kamen, um den Berliner Sowjet zu schützen. Eberts Regierung versuchte, diese Einheit zu demobilisieren und sie ohne Bezahlung „für Weihnachten nach Hause“ zu schicken. Die bewaffneten Matrosen nahmen das gar nicht freundlich auf und besetzten eine Reihe von Gebäuden, womit sie der SPD und der Bourgeoisie einen Schrecken einjagten. Eberts Bestrebungen, „zuverlässige“ Truppen in die Stadt zu bringen, um die Matrosen zu unterdrücken, schlugen fehl. Die Truppen erwiesen sich als unzuverlässig.

Eberts Posse bestärkte die Massen in der Überzeugung, daß eine Kollaboration zwischen Ebert und dem Offizierskorps bestand. Ebert und seine Busenfreunde vom Generalstab sahen sich ihrerseits durch das Fiasko mit der Volksmarinedivision gedrängt, konterrevolutionäre Einheiten herbeizuholen – besondere Militärformationen, die sich aus dem Offizierskorps rekrutierten, die von der

Fortgesetzt auf Seite 7



Moskau, März 1919: Lenin und Repräsentanten der KPD beim Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale

Offensive. Sie schlug fehl mit dem Preis von etwa 600.000 Toten allein auf deutscher Seite.

Anfang Herbst war der Krieg eindeutig verloren. Die deutschen Verteidigungslinien im Westen wurden überrannt. Die Habsburger Monarchie, die faktisch bereits mit den Schlachten der ersten Wochen des Ersten Weltkrieges vernichtet war, brach zusammen. Truppen der Entente besetzten Süd-europa, und zwischen ihnen und den zerfallenden deutschen Linien im Westen gab es keine anderen Truppen mehr. Der Krieg war vorüber; die deutsche Bourgeoisie, die die Lügen des Generalstabs über die Fortschritte bei der Kriegführung leichtgläubig

US-Präsident Wilson), solange Deutschland eine autokratische Monarchie blieb. Und er hoffte, die revolutionäre Welle, die die deutschen Arbeiter und Soldaten erfaßte, zu kanalisieren. Kurz, er schlug vor, eine „demokratische“ konstitutionelle Monarchie zu schaffen.

Ludendorff nahm mit dem SPD-Führer Ebert Kontakt auf, und sie begannen gemeinsam ihren politischen Wettlauf zur Enthauptung der sozialen Revolution. Prinz Max von Baden wurde zum Kanzler gemacht. Max war ein Vertreter des „linken Flügels“ der deutschen Fürstenhäuser – ein Befürworter des, wie er es nannte, „ethischen Imperialismus“. Unter der Schirmherrschaft des Ober-

Britannien...

Fortsetzung von Seite 1

für einen neuen „Marsch gen Osten“ zur Zerschlagung der Errungenschaften des ersten Arbeiterstaates der Welt, der Sowjetunion, nur die „auswärtige“ Seite der Austeritäts-offensive der Krupps und Thyssens ist. Die britischen Miners haben in ihrem Kampf zu lernen begonnen, daß Thatchers Kriegshetze gegen das „Reich des Bösen“ und ihr Terror gegen die NUM nur zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Von den sowjetischen Bergarbeitern erhielten sie 1 Million Pfund Spendengelder, Solidarność-Führer Walesa solidarisierte sich mit der „weisen und tapferen“ Arbeitermörderin Maggie Thatcher und denunzierte die militanten NUM-Streikposten als „gewalttätig“.

Besonders wichtig ist für die vorwiegend weiße und in ihren Ansichten ziemlich elitäre Bergarbeitergewerkschaft die massive Unterstützung durch die rassisch unterdrückten Minderheiten der Schwarzen und Asiaten – eine beachtliche Veränderung für Britannien. Und die Bergarbeiterfrauen sind nicht länger die „Ehefrauen“ am Herd, sondern zählen zu den militantesten Kämpfern auf den Streikpostenketten.

Aber nach fast einem Jahr Kampf stehen die Bergarbeiter immer noch allein, der von

Spendet Geld!

„Lea Hall Miners Hardship Fund '84“
c/o Secretary N D Ashfield
46 Harvey Road
Handsacre, Rugeley
Staffs WS15 4HA, England

der sozialdemokratischen Labour Party beherrschte TUC schickt seine Mitglieds-gewerkschaften zum Streikbruch. Und die NUM-Führung, nicht willens, einen klaren und offenen Bruch mit den Labour-TUC-Verrätern zu vollziehen, vermag die Streikenden nicht aus der Isolation zu führen und überläßt sie ohne nationale Instruktionen und Aktionsvorschläge sich selbst. Die Miners können diesen Klassenkrieg gewinnen, aber sie benötigen eine Strategie für den Sieg. Wie unsere Genossen der Spartacist League/Britain in ihren Interventionen in den Streik sagen: Wartet nicht auf die Bürokraten! Organisiert Massendelegationen zu den Eisenbahnern, Dockern, Lastwagenfahrern, Seelenten, und fordert gemeinsame Streikaktion! Blockiert die Kraftwerke mit Massenstreikposten aller streikenden Gewerkschaften und baut gewählte Streikkomitees auf! Kein Verhandlungsausverkauf! Weitet den Streik aus!

Für eine revolutionäre Klassenführung!

Vor allem heute, wo Reagan, Thatcher und Kohl in einem „Krieg der Sterne“ den Arbeiterstaat Sowjetunion vernichten wollen, ist die Verteidigung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution ein Prüfstein für diejenigen, die einen siegreichen Klassenkampf gegen die Bosse führen wollen.

Wenn die Miners Thatcher zu Fall bringen, ist das auch ein Sieg der internationalen Arbeiterklasse. Während die nationalistischen stalinistischen Bürokraten wie in Polen Thatcher skandalöserweise immer noch mit Kohle beliefern, muß das Proletariat weltweit konkrete Solidaritätsaktionen mit ihren britischen Klassenbrüdern durchführen. Unsere Genossen der Ligue Trotskyste de France sammelten zusammen mit zwei britischen Bergarbeitern innerhalb von zehn Tagen fast 18 000 Francs.

Die Trotskistische Liga Deutschlands und die Spartacist League/Britain kämpfen als Sektionen der internationalen Spartacist Tendenz für ein Programm der internationalen proletarischen Revolution. Wie in Britannien, wo eine revolutionäre Arbeiterpartei geschmiedet werden muß durch die Spaltung der proletarischen Basis der Labour Party von ihren reformistischen Führern, ist es in Westdeutschland notwendig, die Arbeiter vom lähmenden Einfluß der sozialdemokratischen Führung im Kampf um klassenkämpferische Solidaritätsaktionen zu brechen. Die konkrete Unterstützung der NUM durch die Wuppertaler GEW zeigt, daß

die DGB-Bürokratie auf Widerstand stößt bei ihren Streikbruchaktionen. In einer Resolution der Arbeitsgemeinschaft der betrieblichen Vertrauenskörperleitungen der IG Druck und Papier Frankfurt werden „Solidaritätsstreiks“ gefordert, damit „kein Gramm westdeutscher Kohle britischen Boden erreicht“; diese müssen jedoch gegen die reformistische Gewerkschaftsspitze durchgesetzt werden. *Hafenarbeiter, ÖTVler, Eisenbahner, durchbrecht die Sabotage des DGB gegen die streikenden britischen Bergarbeiter! Von Duisburg bis Hamburg – kippt die Streikbrecherkohle in den Hafen!* ■

Mandels SAP...

Fortsetzung von Seite 2

ländischen Arbeiter in der Schweiz. Gegen die völlige Gleichgültigkeit der VS-Sektion gegenüber dieser Schlüsselfrage schrieben die Genossen:

„Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter! Für Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die besondere Unterdrückung der eingewanderten Arbeiter!

... Wir wollen hier aber festhalten, dass wir von den Massen ausländischer Arbeiter nicht als führend im Kampf gegen ihre Unterdrückung angesehen werden. Kein Wunder also, dass dieser entscheidende Teil des Proletariats in unseren Reihen eher dürrig vertreten ist. Tatsächlich würde eine Partei, die ernsthaft für die proletarische Revolution in unserem Land kämpft, sich in erster Linie auf diesen Bestandteil der Arbeiterklasse stützen.“ (Fraktionserklärung)

Mittlerweile steckt die SAP tief in dem von der Pseudo-Linken inspirierten Referendum zur „Abschaffung der Armee“ („Schweiz ohne Armee“), dessen Erfolg in etwa so wahrscheinlich ist wie eine Kampagne zur Abschaffung von Schweizer Schokolade und gibt bornierten Schweizer neutralistisch-pazifistischen Nationalismus von sich. In einer ihrer Wahlbroschüren machen sie die folgende „erschreckende“ Enthüllung: „Es ist sicher, daß ein Atomkrieg in Mitteleuropa

die Schweiz nicht verschonen würde...“ Zusätzlich zu diesem Referendum (in leninistischen Begriffen eine Abstimmung über die Abschaffung des bürgerlichen Staates) schlägt die SAP vor, daß sich die Schweiz von der NATO distanziert. Mit anderen Worten – wir wollen *wirkliche* Neutralität haben, damit wir uns ausschließlich damit beschäftigen können, Berge von Geld aus dem Blut der Arbeiter auch im *nächsten* Krieg zu scheffeln! Die Politik der SAP hat mehr gemein mit der ihres Landsmannes, des sozialpatriotischen Pazifisten Robert Grimm (den Trotzki als „hoffnungslos dummen Bourgeois aus einem Schweizer Krähwinkel“ beschrieb), als mit der Lenins und Trotzki, der Führer der ersten Revolution, die die Produktionsmittel den Händen der räuberischen kriegstreibenden Bosse entriß. Jeder Arbeiter mit einiger Selbstachtung will auch das Gold der Gnome von Zürich befreit und in den Dienst der Weltrevolution gestellt sehen.

Das internationale Proletariat hat allen Grund, den bürgerlichen Schweizer Staat zu verachten, der, unter Wahrung der „Neutralität“, von zwei verheerenden Weltkriegen profitiert hat. Die Schweiz ist ein festes antisowjetisches Bollwerk, dessen „Neutralität“ auf seine Banken und sein starkes militärisches Establishment gegründet ist. Der Ex-Banker Paul Erdman, der es wissen sollte, schrieb in seinem Roman *Crash '81* über die Schweiz:

„Das Geheimnis, wie die Schweiz es geschafft hatte, sich aus den zerstörerischen Konflikten unseres Jahrhunderts herauszuhalten, lag in ihrer offen erklärten Neutralitätspolitik begründet. Aber wen scherte die? Nein, die Schweiz war nie angegriffen worden, weil die Machtelite immer darauf geachtet hatte, daß das Land über ein äußerst wirksames Abschreckungspotential verfügte – gleichzeitig aber bei jedem größeren Konflikt seine Bereitschaft bekundet hatte, mit beiden Seiten ‚ins Geschäft zu kommen‘. Im Zweiten Weltkrieg zum Beispiel tat die Schweiz den Nazis unverblümt kund: Greift uns an, und jeder schweizerische Bürger zwischen 17 und 50 Jahren wird sich in den Bergen verschansen und einen Zermürbungskrieg nach Tito-Art gegen euch führen. Seid ihr aber so klug, uns nicht anzugreifen, wird es uns ein Vergnü-

gen sein, euch mit allem zu beliefern, was unsere hochentwickelte Industrie herzustellen in der Lage ist. Natürlich gegen Barzahlung.“

Vor dem Zweiten Weltkrieg schrieb Trotzki in „Krieg und die Vierte Internationale“ (1934), einem der grundlegenden Dokumente bei der Gründung der neuen Internationale 1938, über die Neutralität der Schweiz und die nationale Verteidigung:

„Der Krieg wird von der Schweizer Neutralität keinerlei Spuren übriglassen, wie der vorhergehende Krieg die Neutralität Belgiens hinwegfegte. Ob sich die Schweiz nach dem Krieg als Staats Ganzes halten kann, und sei es auch unter Einbuße ihrer Selbständigkeit, oder ob sie zwischen Deutschland, Frankreich und Italien aufgeteilt werden wird, das hängt von einer Reihe europäischer und Weltfaktoren ab, unter denen die ‚nationale Verteidigung‘ der Schweiz einen verschwindend kleinen Platz einnimmt.“

Die Vierte Internationale wurde 1953 von einer revisionistischen Strömung, dem Pabloismus, zerstört. Diese Tendenz folgte dem Impuls, die Perspektive der Schmiebung proletarischer Avantgardeparteien auf nationalem Boden und einer demokratisch-zentralistischen Internationale aufzugeben, und befürwortete das Stellvertretertum anderer sozialer Kräfte – des Stalinismus, der Sozialdemokratie, später des „Dritte-Welt“-Nationalismus – für die trotskistische Partei. Der Kampf gegen den Pabloismus wurde damals, wenn auch verspätet und partiell, von der amerikanischen SWP zusammen mit Fraktionen der englischen und französischen Sektion und gemeinsam mit der Schweizer Sektion geführt. Offenbar gibt es nicht einmal eine Spur der Erinnerung an diesen Kampf in der heutigen, hoffnungslos kleinbürgerlichen SAP, die nunmehr selbst durch und durch pabloistisch ist. Die internationale Spartacist Tendenz wurde im Kampf gegen den pabloistischen Revisionismus geboren. Die iST trägt den Kampf für wahrhaft revolutionären, proletarischen Internationalismus voran. Der Kampf der Schweizer Genossen für den Trotskismus brachte die SAP dazu, diese jungen Genossen zu uns zu stoßen, und wir heißen sie willkommen in der iST.

Nach Workers Vanguard Nr. 367,
23. November 1984

Veranstaltung in Westberlin

Für permanente Revolution im Nahen Osten!

Über 40 Militante, die meisten aus dem Mittleren und Nahen Osten, diskutierten in einer Veranstaltung der TLD Anfang Dezember in Westberlin über die Perspektive der permanenten Revolution im Nahen Osten. Mit der Frage „Baku oder Ghom?“ umriß Genossin Renate Müller die Entwicklungsbedingungen für die nationale und soziale Befreiung in dieser Region: Auf der einen Seite die Tradition der Kommunistischen Internationale, die nach dem Triumph der Oktoberrevolution den Kongreß der Völker des Ostens in Baku organisierte, andererseits die blutige klerikale Reaktion des Schlächters Chomeini aus Ghom.

Mit Teilnehmern aus zehn verschiedenen Nationen glich die Veranstaltung einem Mikrokosmos des Baku-Kongresses. Aufmerksam geworden durch unsere bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus, sehen viele Militante das Programm des Trotskismus als ernsthafte Alternative. In dieser Region sind die sozialen Kämpfe untrennbar mit der Frage der Sowjetunion verbunden – sowohl mit der Oktoberrevolution und ihren Errungenschaften, als auch mit ihrer politischen Degeneration unter Stalin, die zu Jahrzehnten schwerwiegender Niederlagen geführt hat. Eine Genossin unserer französischen Sektion, der Ligue Trotskyste de France, erklärte dazu:

„Die Grundlage des stalinistischen Programms der Revolution in zwei Etappen ist tieferreichender Pessimismus über die Fähigkeiten der internationalen Arbeiterklasse. Es ist richtig, manchmal hilft die Sowjetunion nationalen Befreiungsbewegungen, und es ist eine gute Sache, wenn Gewehre an die richtigen Leute gelangen.

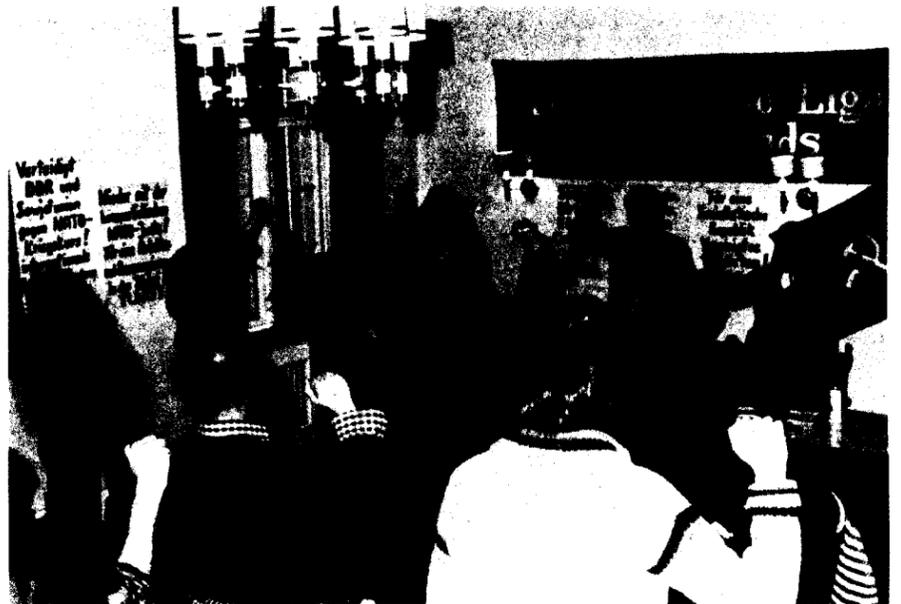


Foto: Spartakist

Aber das Problem ist, die stalinistische Bürokratie will, daß die nationalen Befreiungsbewegungen auf der Ebene von nationalistischen Bewegungen bleiben und es keine sozialistische Revolution gibt, weder in Sri Lanka, noch im Iran, noch in Irak.“

Nicht nur die lange Tradition konsequenter Verteidigung der nationalen Minderheiten, vor allem der Kurden, durch die TLD und iST spielte eine Rolle, daß so viele Militante zu unserer Veranstaltung kamen. Wichtig war auch der verstärkte Verkauf unserer Erklärung zu Kurdistan „Für eine sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!“, die in

deutsch und türkisch in *Spartakist* Nr. 51 abgedruckt ist.

Die Kämpfer im Nahen Osten müssen die Lehren aus den Erfahrungen der multinationalen Partei von Lenin und Trotzki ziehen. Die Lösung aller grundlegenden Fragen unserer Epoche bedarf einer internationalistischen Partei der weltweiten proletarischen Revolution. Wir kämpfen darum, kurdische und andere Militante zu unserem Programm für ein sozialistisches Kurdistan, für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens zu gewinnen. In unserer Veranstaltungsreihe (siehe nebenstehenden Kasten) wird diese Diskussion fortgeführt und vertieft werden.

Revolution...

Fortsetzung von Seite 5

Entente bewaffnet und finanziert wurden und gewohnt waren, in Ostpreußen und Litauen den „Bolschewismus“ zu bekämpfen.

Die politische Temperatur in Berlin wurde durch den Versuch, die Volksmarinedivision zu unterdrücken, auf fiebernde Hitze getrieben. Das kam Eberts Plänen entgegen. Mit zuverlässigen Truppen in Stellung startete er eine weitere wohlüberlegte Provokation. Er unternahm es, den Berliner Polizeichef, Emil Eichhorn, zu entlassen. Eichhorn war, wie viele seiner Polizisten, Mitglied der USPD. Hier war ein griffbereites Waffenlager für die Arbeiter und ein Hindernis für die Vernichtung des Berliner Sowjets.

Eberts Spiel war klar, und Eichhorns Entlassung rief einen enormen Ausbruch von Wut und Militanz hervor. Bei einem gemeinsamen Treffen gaben Vertreter der Revolutionären Obleute sowie Liebknecht und Pieck von der KPD einen Aufruf an die Arbeiter heraus, die Macht in Berlin zu ergreifen. Das geschah ohne Wissen Luxemburgs und des Rests der KPD-Führung.

Am nächsten Tag zogen hunderte Arbeiter in gewaltigen Demonstrationen durch die Stadt. Aber sie waren weder organisiert noch bewaffnet. Am Ende des Tages waren sie durchgefroren, müde und verwirrt und gingen führunglos nach Hause. Die kleinen Gruppen aufständischer Arbeiter, die die Schlüsselstellungen besetzt hielten, waren nun isoliert, und Ebert ließ seine Raubmörder in die Stadt marschieren. Zehn Divisionen schwerbewaffneter Truppen ertränkten die Arbeiterviertel der Stadt in Blut. Luxemburg und Liebknecht wurden festgenommen und dann brutal ermordet.

Dieses konterrevolutionäre Muster wurde in ganz Deutschland befolgt. Während des ganzen Winters und Frühjahrs 1919 sammelten sich Truppen in überwältigender Stärke vor einer Stadt, man provozierte die Arbeiter,

dann drangen die Truppen in die Stadt ein, um den Sowjet im Blut zu zerschmettern. Philister, Liberale, Sozialdemokraten, alle Anbeter der vollendeten Tatsachen werden Euch erzählen, daß es in Deutschland 1918/19 keine revolutionäre Situation gab. Sie behaupten, das natürliche Ergebnis der Erhebungen sei die Weimarer Republik gewesen, und das sei in Wirklichkeit alles gewesen, was die übergroße Mehrzahl der Arbeiter jemals wollte. Sie beschuldigen Luxemburg und Liebknecht und die KPD, Blutvergießen provoziert zu haben, indem sie versuchten, ein hoffnungslos utopisches Programm auszuführen.

Aber sie lügen! Das deutsche Proletariat und seine revolutionären Bestrebungen wurden durch das Gemetzel an zehntausenden Arbeitern unterdrückt. Die Tragödie lag darin, daß die in den Kinderschuhen steckende deutsche Kommunistische Partei zu schwach war, um in dieser akut revolutionären Situation eine Führung geben zu können. Hätten die Menschewiki und die Bourgeoisie während der Julitage in Petrograd ihre konterrevolutionären Ziele erreicht, dann würden die bereits erwähnten Gelehrten über den „unglücklichen Utopismus“ Lenins und Trotzki ihre weisen Häupter schütteln. Stattdessen verdienen sie sich ihr Brot mit anti-sowjetischen Verleumdungen.

Ich möchte ein Zitat von Freikorps-Kommandeur General Maercker vorlesen, dem sogenannten „Eroberer der Städte“, Führer der Expeditionen von 1918/19 gegen die deutsche Arbeiterklasse. Anfang 1919 schrieb er:

„Fast jedes Mal, wenn wir eine Stadt betreten, mußte ich mir die Frage stellen: Wäre unser Eingreifen notwendig gewesen, wenn jedermann auf seinem Posten gewesen wäre? Wo war das deutsche Bürgertum? Wo waren die auf seiten der Regierung stehenden Arbeiter? Wo waren unsere Studenten, unsere Ex-Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten? Ich habe in den fünf Monaten meiner Tätigkeit in Mitteldeutschland“ (die in der Hauptsache darin bestand, die Räte aufzulösen und die besten Arbeiterführer abzuschlachten) „nur wenig Respekt vor den konstruktiven

Fähigkeiten des deutschen Bürgertums, aber eine hohe Meinung von den organisierten Arbeitern gewonnen... Die Arbeiter, gut organisiert, diszipliniert und opferbereit, stehen fast überall einem Bürgertum gegenüber, das völlig unorganisiert, in vier oder fünf miteinander verfeindete Parteien zerspalten und kaum geneigt ist, Opfer zu bringen. Während die gegen die Regierung eingestellten Arbeiter über eine große Zahl entschlossener Führer verfügen... habe ich in zwanzig Städten Mitteldeutschlands kaum einen einzigen wirklich herausragenden Führer der auf Regierungsseite stehenden Bevölkerung gefunden.“ (A. J. Ryder, *The German Revolution of 1918*, 1967)

Das letzte bedeutende revolutionäre Zentrum, das 1919 unterdrückt wurde, war München, die Hauptstadt von Bayern. Ein Sowjet entstand hier gegen Ende des Krieges unter Führung von USPD-Mitglied Kurt Eisner – ein überzeugter Anhänger Lassalles! Dieser Sowjet hatte die Qualität einer komischen Oper, was der Qualität Bayerns als komischer Oper entsprach, einer rückständigen Provinz, bewohnt von einer ehrfürchtigen katholischen Bauernschaft und über Generationen hinweg von einer schwachsinnigen Monarchie regiert...

Eisner wurde im Februar von einem Ultra-rechten erschossen. Doch, angespornt durch die Ausrufung der ungarischen Räterepublik, riefen die Dilettanten, Reformisten und konfusen Zentristen, die den Münchner Sowjet führten, einen Monat später die bayerische Räterepublik aus. Der nach München abgesandte KPD-Führer Leviné widersetzte sich diesem Abenteuer einer Räteregierung ohne wirkliche Räte.

Aber Leviné und die KPD konnten sich nicht länger verweigern, als die Arbeiter angesichts einer rechten Provokation und der drohenden Militärintervention die Macht ergriffen. Die Macht wurde in die Hände der KPD gedrängt, und es war nicht möglich, sich davon zu entbinden. Ein Rückzug hätte die KPD oder die Arbeiter nicht vor der Unterdrückung bewahrt, die der Sozialdemokrat Hoffmann und sein Militärkommandeur, der

künftige Nazi Franz Epp, für sie vorbereitet hatten.

Also nahm Leviné die politische Verantwortung, die der KPD auferlegt worden war, auf seine Schultern und versuchte den Arbeitern ein Beispiel dessen zu geben, was getan werden konnte und sollte. Er bezahlte für diesen Heroismus mit seinem Leben. Aber er verteidigte seinen revolutionären Vorposten bis zum letzten und hinterließ ein anfeuerndes Beispiel, das für die KPD und die internationale Arbeiterbewegung bedeutend ist.

Am zweiten und letzten Tag seines Prozesses vor dem Münchener Standgericht schloß Leviné seine Verteidigung des bayerischen Aufstandes mit den folgenden Worten; zwei Tage später, am 5. Juni 1919, wurde er von einem Erschießungskommando erschossen, mit seinem letzten Atemzug verkündete er: „Lang lebe die Weltrevolution!“

„Der Herr Staatsanwalt glaubt, die Führer hätten die Massen aufgepeitscht. Wie die Führer die Fehler der Massen nicht hintertreiben konnten unter der Schein-Räterepublik, so wird auch das Verschwinden des einen oder des anderen der Führer unter keinen Umständen die Bewegung hindern.“

Dennoch weiß ich: Über kurz oder lang, in diesem Raum werden andere Richter tagen, und dann wird der wegen Hochverrats bestraft werden, der sich gegen die Diktatur des Proletariats vergangen hat. Füllen Sie das Urteil, wenn Sie es für richtig halten. Ich habe mich nur dagegen gewehrt, daß meine politische Agitation, der Name der Räterepublik, mit der ich mich verknüpft fühle, daß der gute Name der Münchener Arbeiter beschmutzt wird. Diese und ich mit ihnen zusammen, wir haben alle versucht, nach bestem Wissen und Gewissen unsere Pflicht zu tun gegen die Internationale, die Kommunistische Weltrevolution.“ (Rosa Meyer-Leviné, *Leben und Tod eines Revolutionärs. Erinnerungen*, 1974)

(wird fortgesetzt)

Übersetzt aus Young Spartacus Nr. 121, Oktober 1984

Schweiz...

Fortsetzung von Seite 2

mus von Lenin und Luxemburg. Nieder mit dem Klerikalismus! Für die strikte Trennung von Kirche und Staat! Für die Kollektivierung der Landwirtschaft! Für Gewerkschaften, die unabhängig sind von bürokratischer Kontrolle und die sich gründen auf die Verteidigung des vergesellschafteten Eigentums! Annulliert die imperialistischen Schulden! Für internationale sozialistische Wirtschaftsplanung! Für Sowjetdemokratie, nicht bürgerlichen Parlamentarismus! Für proletarische politische Revolution! Verteidigt die UdSSR gegen den Imperialismus! Für die revolutionäre Einheit der polnischen und sowjetischen Arbeiter!

Die Verteidigung der Sowjetunion steht ebenso in Zentralamerika auf der Tagesordnung. Hinter den Angriffen gegen die revolutionären Prozesse in Nicaragua und El Salvador verstecken sich die Rollback-Pläne von Reagan: Nicaragua, Kuba, Warschau,

Leningrad und Moskau sollen fallen. Die internationale Spartacist Tendenz (iST) ist die einzige Organisation, die für militärischen Sieg der linken Aufständischen in El Salvador steht! Die SAP unterstützt die FSLN und FMLN so unkritisch, dass sie sich weigert, eigene Organisationen in Zentralamerika aufzubauen. Sie stellt sich auf die Seite jener, die nach einer politischen Lösung suchen. Das heisst nichts anderes, als über den Preis des Blutes revolutionärer Kämpfer zu verhandeln! Wir stehen nicht als Zuschauer beiseite, wie das ZK der SAP weismachen will. Im Dokument vom 20. 5. haben wir klar Stellung bezogen: „Die Unterstützung des Kampfes der Sandinistas und der salvadorianischen Guerillakämpfer gegen den US-Imperialismus und seine lokalen Schlächter ist eine Notwendigkeit revolutionärer Politik: Es ist notwendig, die nicaraguensische Revolution zu verteidigen, sie durch die Machteroberung des Proletariats zu vervollständigen und dafür zu sorgen, dass sie nicht auf Nicaragua beschränkt bleibt.“ Dies ist der einzige Weg für den Sieg.

Mit ihrer Politik, das Bündnis mit der patriotischen Bourgeoisie aufrecht zu erhalten und Kompromisse mit den Imperialisten einzugehen, suchen die Sandinistas nach einer 3. Lösung zwischen Kapitalismus und sozialistischer Revolution und verhindern so die Vollendung der Revolution. Um wirklich zu gewinnen, brauchen die Massen eine trotzkistische Partei.

Verteidigt die nicaraguensische Revolution! Enteignet die Bourgeoisie! Vollendet die Revolution!

Warum wir wirklich ausgeschlossen wurden

Die SAP hat in ihrer Stellungnahme die iST totgeschwiegen, obwohl sie uns seit der ersten Minute des Kampfes als iST-U-Boote bezeichnet und dafür ausgeschlossen haben.

Sie hatten so Angst, mit trotzkistischen Positionen konfrontiert zu werden, dass sie der politischen Diskussion mit bürokratischen Manövern auszuweichen versuchten. Deshalb haben sie uns suspendiert und mit Ausschluss bedroht. Danach suchten sie nach einem Vorwand, um diese statutenwidrige Massnahme zu rechtfertigen – und sie fanden ihn darin, dass wir unseren ersten Text an SAP-Mitglieder verschickt hatten. Dies verstößt aber gar nicht gegen die Regeln der Partei, wie die Untersuchungskommission vom 28. 5. selber erklärt. Deshalb lässt das ZK die Frage, wo genau wir gegen die Regeln verstossen haben, in der Stellungnahme offen. Aber der Grund für Suspendierung und Ausschluss lag nicht bei den Statuten. Vielleicht hat die SAP Gründe, die iST zu fürchten... Es ist wahr, dass in einigen Ländern VS-Mitglieder, die wirklich nach dem Trotzkismus suchten, von der iST angezogen wurden. In den USA ist die Gruppe, die 1963 aus der SWP ausgeschlossen wurde und jetzt Spartacist League U.S. heisst, heute die anerkannte trotzkistische Partei in der amerikanischen Linken.

Wir waren junge loyale Genossen, die über einige trotzkistische Positionen diskutieren wollten, die auch von der iST vertreten

werden. Die Leitung hat uns mit ihrer Hexenjagd in die Arme der Spartakisten gedrückt. Wir können uns dafür nur bedanken. So haben wir den Weg aus der nationalen Engstirnigkeit der Schweiz zum proletarischen Internationalismus gefunden! Wenn 5000 Schwarze, Arbeiter, angeführt von der SL/US, in Washington den Ku Klux Klan vertreiben, so ist das auch unser Sieg! Wenn unsere Genossen von der Spartacist Lanka gegen Pogrome an den Tamilen kämpfen, so ist es auch unser Kampf gegen die Tamilenhetze in der Schweiz!

Wir wenden uns an alle, die wirklich eine trotzkistische Partei in der Schweiz aufbauen wollen, als Teil einer realen trotzkistischen Internationale. Mit den bürokratischen Ausschlüssen wird sich die SAP den konkreten Klassenauseinandersetzungen nicht entziehen. Wir führen unseren Kampf weiter und veröffentlichen dazu alle Dokumente des Fraktionskampfes in der SAP.

Trotzkistische Fraktion der SAP (ausgeschlossen)
Jetzt Mitglieder der iST
20. September 1984

Veranstaltungsreihe in Westberlin

Naher Osten
Grundfragen des Marxismus



Veranstaltungsreihe der
TLD
Westberlin

- **Permanente Revolution**
Sonntag, 24. Februar, 16.00 Uhr
- **Der Nahe Osten**
Sonntag, 24. März, 16.00 Uhr
- **Die bitteren Früchte des „Sozialismus in einem Land“**
Sonntag, 21. April, 16.00 Uhr

Die Orte der Veranstaltungsreihe, Lesehinweise und zusätzliche Information kann man in unserem Büro erfragen:
Dienstag und Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr, Telefon: (0 30) 8 82 11 75

SPARTAKIST

Zerschlagt die Neo-Nazis durch Gewerkschaftsaktion!

Kühnen-Prozeß: Propagandaforum für Nazi-Terroristen

Linke appelliert an „Antifaschismus“ der Stammheim-Baumeister

Am 25. Januar wurde Neo-Nazi Michael Kühnen vom Frankfurter Staatsschutzsenat wegen „Herstellen, Verbreiten und Vorrätighalten“ von Nazi-Propaganda zu drei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt. Arnd Heinz Marx, seine rechte Hand, bekam zweieinhalb Jahre. Als ob es das Dritte Reich nie gegeben hätte und es sich beim Faschismus nicht um den nackten Terror handele, wurde dieser Prozeß, der nur den Nazis genutzt hat, als politische Debatte über die Zensur geführt. Vierzig Jahre nach der Befreiung der Überlebenden von Auschwitz durch die Rote Armee wird den Nazis ein breites Propagandaforum geboten – Kühnen in Rundfunk und Fernsehen, Kühnen mit erhobenem Arm in der Presse. In seinem fünfständigen Schlußwort appellierte Kühnen an ... das Recht auf „Gedankenfreiheit“. In den Knast kommt er nicht, weil die ANS/NA- und FAP-Faschisten eine Blutsprache hinter sich lassen, sondern weil es für seine „Gedanken“ „zur Zeit keinen legalen Weg“ gibt – so der Richter (unsere Hervorhebung, nach *die tageszeitung*, 26. Januar). Vor 1933 gab es den allerdings auch nicht.

Hier geht es nicht um „demokratische Rechte“. Für die Arbeiterbewegung und unterdrückten Minderheiten ist es eine Frage auf Leben und Tod zu verhindern, daß das braune Pack seinen rassistischen Terror – nichts anderes ist Nazi-„Propaganda“ – verbreiten kann. Die Arbeiterbewegung hat die Macht, den Terror der Neo-Nazis zu stoppen. Nach dem Vorbild militanter Streikpostenkettens des letzten Metall- und Druckerstreiks müssen multinationale, aus Deutschen und Ausländern zusammengesetzte, gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen gebildet werden, die die Nazis zerschlagen!

Auf das Konto der Neo-Nazis gehen das Blutbad beim Münchner Oktoberfest 1980, die Ermordung des jüdischen Verlegers Mosche Lewin 1982, sowie Brandanschläge auf Häuser eingewanderter Arbeiter mit mehreren Toten. Ungeschoren vom bürgerlichen Staat organisieren sie fast täglich blutige Terroraktionen gegen Linke, Arbeiter, Gewerkschafter, Frauenberatungsstellen und türkische Läden. Diesen rechten Terror wird der bürgerliche Staat nie effektiv bekämpfen, denn in letzter Konsequenz sind die braunen Banden nur irreguläre Truppen der Bourgeoisie, die sie zu Hilfe rufen wird, wenn der übliche Terror des bewaffneten Staatsapparats gegen die Arbeiterbewegung nicht mehr ausreicht. Deshalb marschieren die Nazis in Moskau und Ostberlin nicht! Der wachsende faschistische Terror gedeiht im Morast des deutschen Nationalismus und Chauvinismus, der von der bürgerlichen Regierung betriebenen Hexenjagd auf Ausländer und Repressionen gegen Linke und die Arbeiterbewegung als Teil ihrer Vorbereitungen eines erneuten imperialistischen Überfalls auf die Sowjetunion.

Doch als der Staatsanwalt beim Kühnen-Prozeß zur Bewahrung der „wehrhaften Demokratie“ aufrief, stand die Linke hinter der liberalen Bourgeoisie für „unsere Demokratie“ in Reih und Glied. In einer ekelhaften Schau schmissen sich Linke und Liberale für Kühnens „Rechte“ ins Zeug. Sebastian Cobler forderte den Freispruch des Neo-Nazi-Führers und begründete dies in obszöner Weise mit dem Recht auf Propaganda für Linke wie für Faschisten. Damit machen sie auf ihre Weise die gleiche Rechnung auf wie der bürgerliche Staat: Rot gleich Braun. Wir Kommunisten sind gegen diese unheilvolle Justizfarce, weil mit der Urteilsbegründung „verfassungsfeindliche Propaganda“ ein erneuter Präzedenzfall zur Repression gegen die Linke und die Arbeiterbewegung geschaffen wird.

Die Mehrheit der Linken, mit den Grünen an der Spitze, sekundierte Staatsanwalt und Richter beim Urteilsspruch und fordert vom bürgerlichen Staat, die Nazis doch endlich wirksam zu verbieten. Dabei dienen Verbotsforderungen vor allem den sozialdemokratischen Irreführern der Gewerkschaften dazu, Mobilisierungen der Arbeiter gegen die

Nazis zu verhindern. Diese Nationalisten und Zuhälter für die Sozialdemokratie sorgen sich lediglich um die Stabilität der Gesellschaftsordnung. Sie wünschen sich ein „sauberes Deutschland“ und erreichen, daß die ohnehin schon wuchernden bonapartistischen Züge des Bonner Staates noch verstärkt werden.

Denn jedes Verbot gegen die Rechte rich-

Anschläge auf individuelle Repräsentanten der Bourgeoisie zu verüben, den Imperialismus bekämpfen wollen. Der westdeutsche Staat hält seine waffenstarrende, blutsaugende Herrschaft aufrecht durch Knäste, Polizei, Bundesgrenzschutz, GSG-9 und Bundeswehr. Die imperialistischen Regierungen Westeuropas nehmen die jüngsten Anschläge von RAF und Action Directe in Frankreich



Nazi-Blutbad bei Münchner Oktoberfest forderte 13 Tote, über 200 Verletzte. Links oben: Kühnen zieht die Pistole gegen Linke

tet sich letztendlich gegen die Linke. Während der Staat den Faschisten mit dem Prozeß ein Forum schuf, zeigte er in den Hochsicherheitstrakten, von Stammheim über Moabit bis Lüneburg, was „Rechtsstaat“ wirklich heißt, wie erbarmungslos er seine linken Opponenten in den Tod treibt.

Anfang Dezember bis Anfang Februar waren über 30 RAF-Gefangene und sechs inhaftierte Unterstützer, teilweise zum achten Mal, im Hungerstreik gegen die mörderischen Haftbedingungen. Die gegenwärtig geltenden Sicherheitsbestimmungen wie Isolationshaft, Anwalts- und Kontaktsperre, die sie zugrunderichten sollen, sind noch schlimmer als im kaiserlichen Deutschland. Und gemäß der Kontinuität dieses Staates mit Weimarer Republik und Drittem Reich schlägt er mit seiner ganzen Brutalität immer nach links.

Um dies zu legitimieren, wird links und rechts gleichgesetzt. Nach Friedrich Zimmermanns Muster der „Anzeigenkampagne“ für den Verfassungsschutz in der Tagespresse im November/Dezember (siehe *Spartakist-Extrablatt*, Dezember 1984), wo Linke als Terroristen denunziert und mit ihren Henkern, den Faschisten samt Hakenkreuzen, identifiziert werden, denunzierte die Bundestagsfraktion der Grünen die RAF als diejenigen, die an der „Gewaltspirale“ drehen und forderten sie auf, den Hungerstreik abzubrechen (*die tageszeitung*, 17. Januar). Und die DKP, die noch konsequenter als die bürgerliche Presse den Hungerstreik der RAF-Gefangenen aus ihrer Zeitung *UZ* verbannte, nannte die Erschießung des Münchner Rüstungsmanagers Ernst Zimmermann eine „Provokation der Reaktion“.

Die „Gewalt“ geht nicht von den irregulären Kleinbürgern der RAF aus, die mit ihrer bankrotten Verzweiflungsstrategie,

als Vorwand, ihre Repressionsapparate unter Führung von Innenminister Zimmermanns BKA zu einer gefährlichen Terrorinternationalen zu koordinieren.

Wir sind politische Gegner des individuellen Terrors der RAF – ihre Strategie richtet sich gegen die Mobilisierung der Arbeiterklasse. Obwohl der Metall- und Druckerstreik des letzten Sommers eindrucksvoll die Macht und Kampfbereitschaft der westdeutschen Arbeiterklasse zeigte, sucht die dritte Generation nach Andreas Baader und Ulrike Meinhof weiterhin ihr Heil in Anschlägen auf einzelne Bosse und Manager; an der Ausbeutung und Unterdrückung durch die kapitalistische Klassenherrschaft ändern die RAF-Attentate nichts. Doch ihre Aktionen sind keine Verbrechen gegen das Proletariat – den Bubacks, Schleyers und Ernst Zimmermanns weinen wir keine Träne nach. Es ist die Pflicht von jedem Linken und klassenbewußten Arbeiter, die RAF und alle Linken gegen die Repression des Staates zu verteidigen. Für die sofortige Freilassung der RAF-Gefangenen und aller inhaftierten Linken!

Stammheim wurde nicht für die Handvoll „Terroristen“ der RAF gebaut. Die Hochsicherheitstrakte sind gedacht für die Arbeitermilitanten, die die bevorstehenden Klassenkämpfe führen werden. Die Arbeiterklasse ist die einzige Kraft, die die Macht hat, der Barbarei des verfaulten Kapitalismus ein Ende zu setzen. So organisierten unsere amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S. am 27. November 1982 eine Demonstration von 5000 Schwarzen und Arbeitern in Washington DC, die den Aufmarsch des faschistischen Ku Klux Klan verhinderte. Das ist der Weg für die westdeutsche Arbeiterklasse, die Nazis von den Straßen zu fegen! ■

Spendet für den Prozeß der TLD gegen Zimmermanns Schmutzkampagne!

Für unseren Prozeß gegen Innenminister Zimmermanns schmutzige „Anzeigenkampagne“, in der Zeitungsköpfe und Symbole linker Organisationen mit denen von Nazis und „Terroristen“ vermengt werden, brauchen wir dringend Geldspenden. Bei der Verhandlung vor dem Landgericht Hannover kündigte der Rechtsanwalt des Innenministeriums an, daß die „Anzeige in dieser oder ähnlicher Form im Frühjahr wiederholt“ wird. Nachdem unsere Klage beim LG Hannover abgewürgt wurde, ist jetzt ein Antrag auf einstweilige Anordnung gegen Zimmermanns Schmutzkampagne beim Verwaltungs-

gericht in Köln gestellt worden.

Die Strategie des obersten Polizeiaufsehers zielt darauf ab, uns als kleine marxistische Organisation finanziell auszubluten. Alle, die als „Staatsfeinde“ auf Kohl/Strauß/Zimmermanns Abschlußliste stehen – Gewerkschafter, Linke, Ausländer, Minderheiten – müssen daran interessiert sein, die Wiederholung dieser „Anzeigenkampagne“ zu verhindern.

Sonderkonto: Wolf Schröder-Barkhausen, Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 500 101 11, Kto.: 270 761 440 0